

WISSEN SCHAFFT ZUKUNFT

KUNDGEBUNG

FÜR DIE BEDARFSGERECHTE AUSFINANZIERUNG ALLER HOCHSCHULEN!

Seit Jahren weigert sich der Hamburger Senat, den Hochschulen ausreichende Mittel für ihre Aufgaben in Forschung und Lehre bereitzustellen. Der gerade vorgestellte Haushaltsentwurf droht eine weitere Verschärfung der Defizite an und die Wissenschaftssenatorin spricht offen davon, Studienplätze abzubauen. Wir nehmen diese Angriffe auf unsere grundlegenden Arbeits- und Studienbedingungen nicht länger hin!

Verkürzte Öffnungszeiten der Bibliotheken und die Streichung studentischer Jobs hindern uns am Lernen und schränken die soziale Offenheit der Hochschulen ein.

Wir Beschäftigte ächzen unter Überlast, der Krankenstand ist auf einem Höchststand; etliche Verwaltungsstellen sind unbesetzt und frei werdende Stellen bleiben vakant. Würdevolle Arbeitsbedingungen sehen anders aus!

Viele Promotionsstellen sind nicht besetzt und die prekären Beschäftigungsverhältnisse des gesamten akademischen Personals werden akut zum größten Hemmschuh für die demokratische Wissenschaftsfreiheit.

Dabei ist das Geld vorhanden! Bereits jetzt lässt die Steuerverwaltung hunderte Millionen Steuergelder jedes Jahr verjähren, zugleich wurde in den letzten 10 Jahren die Erbschaftssteuer bei Superreichen um Umfang von 600 Millionen erlassen. Statt in der Bildung oder im sozialen Bereich zu kürzen, fordern wir die konsequente

Einziehung ausstehender Steuern bei Millionären in Hamburg!

Eine bedarfsdeckende staatliche Grundfinanzierung ist die Basis des demokratischen Grundrechts der Wissenschaftsfreiheit. Diese soll gewährleisten, unabhängig von Interessen privater Geldgeber Wissenschaft im Dienst der Gesellschaft betreiben zu können; das heißt u.a. mit inklusiver Bildung für die Stärkung demokratischer Haltung und die Überwindung

sozialer Ungleichheit zu arbeiten; für die Überwindung von Kriegen und für Frieden zu wirken; zur Bewältigung der Klimakrise beizutragen. Zudem generiert jeder in Wissenschaft investierte Euro nahezu doppelt so hohe Einnahmen.

Als Studierende und Beschäftigte verschiedener Hochschulen gehen wir gemeinsam am 28.08. auf die Straße und fordern die sofortige Korrektur des Haushaltsplans zu Gunsten von Bildung, Kultur, Gesundheit und Sozialem. Im Anschluss laden wir dazu ein, den Abgeordneten im Wissenschaftsausschuss auf die Finger zu schauen.

Freitag, 28.08.2026

KUNDGEBUNG 13:00 Uhr

Adolfsplatz / Handelskammer

WISSENSCHAFTSAUSSCHUSS

14:00 Uhr Adolfsplatz 6

